

worden sein, schreibt das Blatt dann, „solche wilden Unterstellungen wären der Kommunisten würdig.“

### „Der Papst hat den Krieg begonnen“

Auch eine evangelische Zeitschrift, die sich oft durch Aufsätze von hohem geistigem Niveau auszeichnet, „The Christian Century“ betrachtet am 12. Januar 1949 den Kampf Kardinal Mindszents unter keinem größeren Gesichtspunkt als dem, den ihr die antirömische Polemik eingibt. Sie vergleicht Kardinal Mindszenty mit Bischof Ordaß, der kein Geständnis abgelegt hat. Man könne annehmen, daß Mindszenty im gewöhnlichen Sinne des Wortes unschuldig sei. Aber die Anklagen der ungarischen Regierung wegen Hochverrates und Spionage könne man begreifen, wie die Regierung jene Begriffe verstehe. Zwischen dem Kommunismus und der Papstkirche bestehe offener Krieg. Die Kommunisten haben offensichtlich die Weihnachtsansprache des Papstes als Kriegserklärung aufgefaßt. Der Vatikan wird sie als einen Appell für den Frieden hinstellen. „Aber der Friede, den der Papst zeichnete, war ein Friede, in dem sich Völker aktiv zusammenschließen, um mit Waffengewalt andere Völker zu strafen, die sich der Sünde des Angriffes schuldig gemacht haben, und die Botschaft machte demzufolge deutlich, daß es der drohende Angriff der kommunistischen Staaten war, gegen den der Papst einen Warnungsruf ausstieß... Der Papst versuchte, seine Mahnung zu vereinigt militärischer Aktion gegen die Angreifer mit den klassischen katholischen Erfordernissen für einen gerechten Krieg, wie sie von Augustinus und Thomas dargelegt sind, zu vereinbaren.“

„Die Ansprache des Papstes“, schreibt die Zeitschrift „war (Sperrung im Text der Zeitschrift) im Namen des Friedens eine Kriegserklärung an den kommunistischen Angreifer. ... Mit der Weihnachtsrede des Papstes wird der Krieg bis zum äußersten zwischen der Papstkirche und den kommunistischen Staaten offen verkündet. Man darf erwarten, daß er auf beiden Seiten mit allen Waffen geführt wird, über die die Kämpfenden verfügen.“

In dieser Darstellung wird also Mindszenty zum Opfer päpstlicher Politik. Und das wird noch unterstrichen, wenn die Zeitschrift ihren Aufsatz mit der Aufforderung schließt, man müsse in Zukunft die Tätigkeit aller Politiker, die der Katholischen Kirche angehören, sorgfältig überwachen, nachdem ihr Oberhaupt zu einem unbarmherzigen Krieg aufgerufen habe.

Eines hat „Christian Century“ richtig gesehen, daß der Schlag gegen Mindszenty letztlich doch der römischen Kirche galt. Daß aber die römische Kirche diesen Schlag deshalb empfing, weil sie hier als Vormacht der Freiheit und des Geistes kämpft, hat man nicht bemerkt. Und noch mehr betrübt es uns zu sehen, daß selbst Christen

die „Zeichen der Zeit“, von denen der Herr spricht, nicht erkennen.

### „Wir glauben an die Märtyrer“

Es bleibt nur zu hoffen, daß diese Erkenntnis, wenn auch spät, so doch nicht zu spät durchbrechen wird. Gott sei Dank haben einige führende Geister der Welt ihre Stimme zum Zeugnis für die Wahrheit erhoben. Zu ihnen gehört der bekannte französische Akademiker François Mauriac. Er ruft den Machthabern des Ostens entgegen: „Was habt ihr aus diesem Manne gemacht? Wie habt ihr seinen Körper verändert, um ihm auch die Seele nehmen zu können? Mit welchen Mitteln habt ihr es fertig gebracht, aus diesem Menschen ein gänzlich verschiedenes Lebewesen zu konstruieren? Bis zu eurer Zeit, meine Herren Kommunisten, hatten alle Henker der Geschichte nur Macht über die Körper, aber keine Macht über die Seelen! Der Mensch war selbst in Ketten frei! ‚Fürchtet nicht die, die eure Körper töten,‘ sagt einst Christus, ‚sondern die, die eure Seelen vernichten!‘ Ihr meine Herren Kommunisten, ihr tötet zwar nicht immer die Körper, wenigstens nicht sofort. Man kann auch nicht sagen, daß ihr immer direkt die Seelen vernichtet. Euer teuflisches Werk setzt an der Nahtstelle zwischen Seele und Bewußtsein ein.

Wen wollt ihr denn eigentlich mit diesen furchtbaren Methoden betrügen? Wisset, daß Entsetzen und Mißtrauen euch gegenüber immer größer werden, je mehr ihr euch bemüht, den Schein der äußeren Form zu bewahren. Denn wir Menschen des Westens glauben an die Märtyrer, die ihr Leben hingeben, wir glauben aber nicht an die letzten Aussagen der armen Opfer, die im Tode ihr Martyrium abzustreiten scheinen. Als Lösung des furchtbaren Rätsels leuchtet durch die Schlußworte des Kardinals wie ein väger Lichtblick der Satz, den auszusprechen ihr nicht habt verhindern können: ‚Seit 40 Tagen werde ich von der Polizei verhört... Man fragt mich... ich antworte!‘

Die ganze Welt weiß, was diese wenigen Worte bedeuten. Auch ihr, ihr linientreuen Kommunisten, wißt es! Soll also die entsetzliche Justizkomödie nur zu dem Zweck aufgezogen worden sein, um die schwankenden Geister einzuschüchtern oder zu beeinflussen, die dem Kommunismus gewisse Angstgefühle oder sogar noch Sympathien entgegenbringen? Das einzig unverzeihliche Verbrechen in den Augen eines Kommunisten ist und bleibt die Opposition zum roten Regime. Wenn es sich bei diesen Opfern also um solche Oppositionelle handelt, dann hättet ihr euch die Farce einer Justizbehörde ersparen können, denn eine solche verbrecherische Farce wird den allgemeinen Abscheu vor euch nur noch bis zur Unerträglichkeit steigern!“

## Der Kirchenkampf in den Ländern Osteuropas

### Das Martyrium der griechisch-unierten Kirche in Rumänien

#### *Eine Provokation der Menschenrechte*

Die Herder-Korrespondenz hat im Januarheft (3. Jg., H. 4, S. 171) einen kurzen, zusammenfassenden Bericht über die erzwungene Eingliederung der unierten Kirche Siebenbürgens in die rumänische Orthodoxie gegeben

und im letzten Heft (3. Jg., H. 5, S. 204) gemeldet, daß dieser Prozeß mit der „Auflösung“ der Kirche durch die rumänische Regierung vorläufig abgeschlossen wurde. Erst allmählich sickern Nachrichten über die grausamen Einzelheiten dieser Verfolgung durch den eisernen Vorhang. In ihrer Gesamtheit vermitteln sie ein erschütterndes Bild von dem Terror, der die Rechte und Freiheiten des Menschen ungestraft mit Füßen tritt. Wie in Ungarn

zeigt sich auch hier, daß es sich gar nicht so sehr um die Katholische Kirche als solche handelt oder um die Kollision bürgerlicher und religiöser Pflichten, wobei die letzteren grundsätzlich anerkannt würden. Wir sind in die Zeiten des heidnischen Staatsabsolutismus zurückgeworfen, der nichts Geringeres fordert, als daß der Mensch sich mit seiner ganzen Person der Staatsgewalt und ihren Maximen zum Opfer bringe, daß er blindlings gehorche, was immer der Staat ihm befehlen mag. Auch in Rumänien hat die Regierung nicht etwa im Interesse der Orthodoxen Kirche die Mittel der Staatsgewalt in Bewegung gesetzt, um die römisch-unierten Katholiken mit der schismatischen Kirche zu vereinen; eine kommunistische Regierung handelt nicht im Dienst einer Kirche. Vielmehr bedient sie sich auch der Kirche, um ihren Zweck zu erreichen und läßt dieser Kirche gerade soviel Leben, daß sie ihm als Instrument dienlich sein kann. Dabei findet sie allerdings in der orthodoxen Kirche mit ihrer jahrhundertalten Tradition der Staatsuntertänigkeit und des Mißtrauens gegen Rom eine Prädisposition, die ihr Spiel nur allzu sehr erleichtert. Jedenfalls ist die Stützung der orthodoxen Kirche durch Moskau gegenüber Rom und allem, was mit Rom in Verbindung steht, nichts anderes als ein Schritt auf dem Wege zur vollständigen Beherrschung des Menschen durch den Staat. Dies ist das Ziel des Kommunismus, und ihm steht die religiöse Freiheit, wenn sie in einer vom Staate unabhängigen Kirche verankert ist, als einziges und letztes Bollwerk im Wege. Es geht nicht so sehr um die Religion als um die Freiheit des Menschen, die in einer freien Religion zum Ausdruck kommt. Dies sollte man bei Würdigung der folgenden Vorgänge nicht aus dem Auge verlieren.

Der „Nachrichtendienst der orientalischen Kirche“ in Rom bietet in zwei langen Übersichten im „Osservatore Romano“ (29. und 30. Januar 1949) der westlichen Welt eine solche Fülle von Einzelheiten über die Vergewaltigung der Menschenrechte in Rumänien dar, daß man am Ende der Lektüre geradezu das Gefühl haben muß: der Teufel lacht über den Eifer, mit dem im Westen die Freiheiten und Rechte des Menschen proklamiert oder deklamiert und die Ohnmacht, in der wir zuschauen, wie diese Rechte und Freiheiten im Osten „realisiert“ werden.

#### *Liquidation der unierten Kirche in Moskau beschlossen*

Der Leidensweg der rumänischen unierten Kirche begann mit der Amtseinsetzung des dem Kommunismus nahestehenden Patriarchen der rumänischen Kirche Justinian Marina, im April 1948. Schon in seiner Antrittsrede betonte dieser, die Rückkehr der griechisch-unierten Katholiken zur orthodoxen Mutterkirche werde ein Hauptziel seiner Amtstätigkeit sein. Am 15. Mai erging durch den schismatischen Metropoliten Balan von Sibiu (Hermannstadt) an die Katholiken die formelle Aufforderung dazu. Der Erzbischof stand im Einvernehmen mit der Regierung. Dies ergibt sich daraus, daß die Aufforderung bei einer politischen Festlichkeit in Anwesenheit des Ministerpräsidenten ausgesprochen und sogleich von der gesamten Presse und der kommunistischen Parteiorganisation im Lande aufgegriffen und stärkstens forciert wurde. Dann kam die Moskauer Konferenz der orthodoxen Kirchenführer, und nach den Informationen der orientalischen Kongregation in Rom steht es außer Zwei-

fel, daß hier der Plan zur Vernichtung der unierten Kirche Rumäniens im einzelnen festgelegt wurde.

#### *Erpressung des unierten Klerus und der Gläubigen*

Mit der Aufhebung der Konkordates am 17. Juli und dem Inkrafttreten des Kultusgesetzes am 4. August (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 1, S. 74) begann seine Ausführung. Zunächst wurde sowohl der lateinischen wie der griechischen Kirche die Diözesanorganisation zerschlagen. Die Regierung verfügte die Aufhebung von sechs der zehn Diözesen. Es blieben nur je zwei für den lateinischen und den griechischen Ritus. Dem einen der unierten Bischöfe, Msgr. Suciü in Fagaras (Fogarasch) und Alba Julia (Karlsburg), wurde persönlich die Jurisdiktion von der Regierung aberkannt, so daß insgesamt nur drei Bischöfe, zwei lateinische und ein unierte, voll aktionsfähig blieben. Ende September begann dann in Siebenbürgen die Polizeiaktion gegen den unierten Klerus, wobei unter Anwendung der Drohung mit Gefängnis, Deportation und Tod 423 Unterschriften für die Trennung von Rom erpreßt wurden. 38 „Bevollmächtigte“ der Unterzeichneten vollzogen am 1. Oktober in Klausenburg und am 3. in Bukarest vor dem orthodoxen Synod die Wiedervereinigung der unierten Kirche Transsylvaniens mit den rumänischen Schismatikern.

Nun ging man an die Gläubigen heran. In den ersten drei Wochen des Oktober wurde jeder unierte katholische Familie Siebenbürgens durch Funktionäre der Partei und der Polizei folgendes gedruckte Formular zur Unterschrift vorgelegt: „Aus freiem Willen und ohne von jemand gezwungen zu sein, haben wir uns entschlossen, uns mit unseren rumänischen orthodoxen Brüdern in ein und derselben Kirche zu vereinigen“. Gleichzeitig wurden die übrigen Geistlichen vor die Alternative gestellt. Eine Anzahl von ihnen entzog sich der Unterschrift durch die Flucht, andere unterzeichneten, andere wurden verhaftet oder gefoltert. Diejenigen Priester und Laien, die dem unerhörten Druck nachgegeben hatten, wurden am 21. Oktober zwangsweise nach Alba Julia geschafft, wo nun vor versammeltem Volk am 25. Jahrestag der Vereinigung mit Rom die Erneuerung des Schismas feierlich proklamiert werden konnte.

#### *Märtyrer und Bekenner*

Gegen die standhaft Gebliebenen ging man in der Folge immer schärfer vor, und hierauf beziehen sich die zahlreichen Einzelheiten, die jetzt von Rom aus der Weltöffentlichkeit mitgeteilt werden. Wir können nur einige wenige Beispiele wiedergeben.

Da ist zunächst eine große Anzahl namentlich angeführter griechisch-unierte Priester, die ins Gefängnis geworfen und verurteilt wurden. Allein in Klausenburg werden 120 gefangen gehalten. Grund der Verurteilung, wenn es dazu kam, war natürlich immer ein politisches Verbrechen, z. B., daß ein Geistlicher die von Rom abgefallenen Priester als Verräter bezeichnet und dadurch die nationale Einheit geschädigt hatte. Aber nicht immer nahm man sich die Zeit oder fand man einen Vorwand für ein Justizverfahren. Der erschütterndste Fall ist vielleicht der eines eben geweihten unierten Priesters. Nach seiner Weihe durch Msgr Suciü war er in ein Dorf gesandt worden, das, wie so viele, seines Pfarrers beraubt war. Während seiner ersten Messe drang die Polizei in

die Kirche ein und legte ihm am Schluß das Formular zur Unterschrift vor. Er weigerte sich, worauf die Polizei ihn mit der Waffe bedrohte. Der Neupriester rief aus: „Schießen Sie mich nieder! Ich will meinen Glauben nicht verleugnen.“ Der Polizist schoß und der junge Priester sank tot zu Boden, das Primizopfer mit dem Opfer seines Blutes vollendend.

Wie es den Gläubigen erging, mag an folgendem Beispiel verdeutlicht werden. In einem Hause erschien die Polizei in Abwesenheit des Ehemannes und erklärte der Frau: „Sie müssen Ihren Namen unter dies Formular setzen. Es handelt sich um den Weltfrieden.“ „Ich will den Frieden“, sagte die Frau, „aber ohne meinen Mann kann ich nichts unterschreiben.“ „Dann werden wir Ihren Namen hier auf die andere Liste setzen, und Sie werden sehen, was Ihnen passiert.“ Die Frau begann zu weinen. Der Polizist beruhigte sie: „Es ist ja nicht so wichtig, nur eine Formalität ohne Bedeutung.“ „Nun, wenn das so ist, der Herrgott sieht ja, daß ich meinen Glauben nicht verleugnen will. Aber hütet euch! Wenn es etwas Schlechtes ist, wird Gott euch strafen.“ Und die arme Frau unterschrieb mit Tränen und zitternden Händen.

Drohung, Täuschung, Einschüchterung, wirtschaftlicher Zwang sind die gewöhnlichsten Mittel. Mitunter wird auch ein härteres Exempel statuiert. In einigen Gegenden wird den Leuten das Mahlen des Getreides verweigert, in anderen werden von ihren Kindern plötzliche hohe Schulgelder verlangt, anderswo verlieren sie den Arbeitsplatz. Aber das ist noch nichts im Vergleich zu der Angst, die man empfindet, wenn zwischen 1 und 3 Uhr nachts ein Auto daherfährt. Stoppt es vor dem Hause, dann öffnet die Frau den Klopfenden langsam die Tür, während der Mann mit dem stets gepackten Kofferchen zum Fenster hinaus oder durch die Hintertür verschwindet. Niemand in Westeuropa, sagt der Berichtserstatter, macht sich eine Vorstellung davon, in welcher Furcht diese Menschen leben müssen.

#### *Protest und Verhaftung sämtlicher Bischöfe*

Das öffentliche Leben der unierten Kirche ist durch diese Maßnahmen lahgelegt worden. Seit dem 29. Oktober sind sämtliche unierten Bischöfe in Haft. Ihr letzter gemeinsamer Akt war ein Protestschreiben vom 7. Oktober an den Ministerpräsidenten Groza, in dem sie sagten: „Während wir glaubten, durch die Gesetze geschützt zu sein, die die Freiheit des Gewissens und des Gottesdienstes garantierten, sahen wir uns einem Feldzug gegenüber, in dem die Verwaltung und Polizei durch Drohung und Einschüchterung, Gewalt und Irreführung die griechisch-katholischen Priester in den Schoß der orthodoxen Kirche zu führen suchten.“ Dieser Feldzug habe nach Eingeständnissen der ausführenden Organe „die Unterdrückung der griechisch-katholischen Kirche in Rumänien“ zum Ziel. „Aus Gründen der Klugheit halten wir es für zwecklos, die Fälle von Amtsmissbrauch und Gewalttätigkeit aufzuzählen, die begangen wurden.“ „Die Beweise, die wir in dieser Beziehung in Händen haben, sind schlüssig.“ Dies Vorgehen sei eine klare Verletzung der Verfassungsgrundsätze über die Gewissensfreiheit, und dennoch habe die Regierung es nicht nur geduldet, sondern direkt sanktioniert. Die Bischöfe hätten versucht, die Gläubigen in einem Hirtenbrief pflichtgemäß aufzuklären, dieser aber sei durch die Zensur verhindert worden, obwohl er weder polemischen

noch politischen Charakter besessen habe. Das Schreiben schließt: „Wir griechisch-katholischen Bischöfe Rumäniens nehmen diese Gelegenheit wahr, im Namen unserer Priester und Gläubigen zu erklären, daß wir fest entschlossen sind, Hirten und Gläubige der Kirche Jesu Christi zu bleiben, und uns von der katholischen Einheit nicht zu trennen.“

Dieser Brief war der Anlaß zur Verhaftung aller fünf unierten Bischöfe, die ihn einmütig unterzeichnet hatten. Dem letzten noch von der Regierung anerkannten Oberhirten, Bischof Hossu von Klausenburg, wurde am 8. November, als er schon in Haft saß, staatlicherseits die Jurisdiktion entzogen, nachdem er 32 Jahre regiert und 1918 dem König im Namen der Volksversammlung des Landes das Dokument über die Wiedervereinigung Siebenbürgens überreicht hatte.

#### *Schließung der Kirchen und Klöster*

Was der Polizei nun noch zu tun blieb, war die Schließung der unierten Kirchen und die Auflösung der klösterlichen Anstalten. Auch dafür einige Beispiele. In Blaj (Blasenburg), der Metropolitanresidenz und dem religiösen Zentrum der unierten Kirche, hatte der Apostolische Administrator des vakanten Erzbistums, Msgr. Suciú, schon den ganzen Sommer über tägliche Predigten und Andachten im Dom veranstaltet, um die Gläubigen auf das Kommende vorzubereiten. Im Oktober nahm der Zustrom der Gläubigen immer mehr zu. Die Polizei sperrte die Straßen. Da kamen die Menschen über die Höfe und Gärten, Mauern und Zäune. Man nahm Verhaftungen vor, ohne Erfolg. Als die übrigen Kirchen sequestriert waren, blieb die Kathedrale Tag für Tag überfüllt. Der Bischof erklärte: „Die Schlüssel sind in meinen Händen. Ich werde sie nicht herausgeben, es sei denn, man hackt mir die Hände ab“. Da wurde dann endlich am 27. Oktober mit dem Bischof zugleich auch der ganze Klerus verhaftet und die Kathedrale überraschend besetzt. Die Gläubigen erhielten als „der Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates verdächtig“, strengstes Versammlungsverbot.

Da sicherheitshalber auch die lateinische Kirche der Stadt geschlossen worden war, blieb als letzter Gottesdienstraum eine Schwesternkapelle übrig. In der Frühe des 30. Oktober konnte dort zum letzten Male eine Messe gehalten werden. Dann blieben die Schwestern in der Kapelle betend beieinander. Im Laufe des Vormittags erschienen „die Genossen“ und 30 Arbeiter, die mit Lastwagen das Mobiliar der Schwestern wegschafften. Diese selbst ließen sich im Gebet nicht stören. Mittags kam die Polizei und suchte sie zum Verlassen des Klosters zu bewegen. Auf den Gängen lärmte und tobte die politische Soldateska. Gegen Abend ging man zur Gewalt über, denn am kommenden Tag sollte der orthodoxe Metropolit die geraubte Kathedrale einweihen und die Stadt katolikenrein sein. Die Banden drangen also in die Kapelle ein, schlugen alles kurz und klein und schleiften die Schwestern unter Faustschlägen einzeln zu einem Lastauto, um sie nach auswärts abzutransportieren. Die Schwestern sangen das Tedeum. Durch Regierungserlaß vom 3. November wurden dann die klösterlichen Einrichtungen einschließlich zehn Krankenhäuser beschlagnahmt. Hierbei handelt es sich auch um solche der lateinischen Ordensgemeinschaften.

### *Der schismatische Patriarch dankt der Regierung*

Nachdem die Verfolgung bis Weihnachten in dieser Art fortgegangen war, hielt der Patriarch Justinian am Weihnachtsfest, dessen Feier in Rumänien übrigens durch die Regierung verboten wurde, den Zeitpunkt für gekommen, in einer Botschaft seiner Freude und seinem Dank für die geglückte Wiedervereinigung Ausdruck zu geben. Es handelt sich um ein Pamphlet, das man nur mit großer Trauer zur Kenntnis nehmen kann. Wir zitieren einige Sätze: „Diejenigen, welche Haß und Zwietracht unter die Völker säen, machen verzweifelte Anstrengungen und scheuen sich nicht, das Kommen des Friedens in der Welt hinauszuschieben, während sie im Namen der Kirche Jesu Christi reden... An der Spitze dieser Namenschristen, dieser verirrtten Diener Christi, steht der Bischof von Rom, der sich Papst nennt, und viele seiner Anhänger, die das Antlitz und das Kreuz des Erlösers verhöhnern und den Interessen der Feinde des Friedens dienen... Ich habe die große Freude zu sehen, daß die gegenwärtige Regierung des Landes die Ungerechtigkeit erkannt hat, die der orthodoxen Kirche und unserem Volk vor zehn Jahren mit dem vatikanischen Konkordat angetan wurde... Die volle Gleichheit aller Kulte ist wieder hergestellt, und einige unserer Brüder sind von den Ketten befreit, in denen das päpstliche Rom sie gefangen hielt. Kurz nachdem diese Sklavenketten zerrissen waren, haben unsere geistlichen Söhne, die mit Gewalt von unserer heiligen Kirche getrennt worden waren, in voller Freiheit unseren väterlichen Ruf zur Rückkehr vernehmen können... Die Versuche der Diener des Papstes, den Willen Gottes zu hindern, sind fruchtlos geblieben. Sie haben nur noch klarer gezeigt, daß jene irren und von der christlichen Lehre abgewichen sind, und das Schriftwort erfüllt sich: Sie glaubten Weise zu sein und waren Toren... Wir segnen... unsere Brüder, weil sie das Sklavenjoch abgeschüttelt und einem Kult entsagt haben, dessen Gläubige wir respektieren, wie wir den Glauben jedes einzelnen respektieren, aber dessen Häupter immer fern unserm Volke im Lager der ungerechten Herrscher und grausamen Unterdrücker standen...“

So demütigte dieser Kirchenfürst seine Würde vor jenen Machthabern, deren Werkzeug er auch in dem Augenblick war, als sie durch ihr Regierungsdekret vom 1. Dezember alle Körperschaften der unierten Kirche für aufgehoben erklärten, ihr Eigentum für den Staat in Besitz nahmen und einiges davon der Kirche des Patriarchen zu Lehen gaben.

### **Vor dem Beginn eines schärferen Kurses in Polen**

Die Lage der Kirche in Polen wird durch zwei Ereignisse beleuchtet, in denen man die Absichten von Staat und Kirche erkennen kann, und die vielleicht als Ausgangspunkte der künftigen Entwicklung betrachtet werden dürfen: die Gründung einer „Vereinigten Arbeiterpartei“ durch Zusammenschluß von Sozialisten und Kommunisten und die Ernennung des neuen polnischen Primas.

#### *Die „Vereinigte Arbeiterpartei“ und die Kirche*

Der Kongreß, auf dem im Dezember 1948 die Gründung der neuen Staatspartei und die Liquidierung des gemä-

ßigteren Sozialismus vollzogen wurde, ließ deutlich erkennen, daß die Ziele der polnischen Politik sich nicht von dem unterscheiden, was wir aus den übrigen östlichen Ländern gewohnt sind. Die neue Partei wird, wie wir der Rede des Staatspräsidenten Bierut entnehmen, alle jene Funktionen haben, die der Staatspartei im kommunistischen Staatsgefüge zugeordnet sind. Ihre Komitees werden alle Ämter und Betriebe kontrollieren, und die Ministerien werden ihnen genau so Rechenschaft zu geben haben wie die Gerichte. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Partei auch die Schulen überwachen und „alle dem Kommunismus feindlichen Kräfte daraus entfernen wird“.

Über die Einstellung der neuen Partei zur Kirche äußerte sich sehr ausführlich das prominente Mitglied des Kongresses Alexander Zawadski. Die Partei erhebt, wie er sagte, und der Staatspräsident unterstrich dies, die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat, nach Verstaatlichung des gesamten Schulwesens und Abschaffung des Religionsunterrichtes. Die Arbeiterschaft muß gelehrt werden, die antidemokratische Tätigkeit eines Teiles der Geistlichen zu erkennen. Dann wird sie Verständnis dafür haben, daß der Staat dieses schädliche Treiben verhindert und der Kirche nicht gestattet, sich der sozialen Befreiung des Volkes und dem Sozialismus in den Weg zu stellen. Es wurde zugegeben, daß die Mehrheit des Volkes gläubig katholisch ist. Die Partei hat deshalb, nach den Worten Zawadskis, nicht die Absicht, sich in die inneren Fragen der Kirche einzumischen, wie sie auch der Kirche nicht gestatten wird, sich mit Staatsangelegenheiten zu befassen. Aber, fuhr er fort, „wir behaupten für uns das Recht, unsere Mitglieder im Geist der materialistischen Weltanschauung, der neuen wissenschaftlichen Ansicht von Welt und Leben zu erziehen, wobei die Partei nicht gegen die Religion ankämpft, sondern vielmehr auf dem Standpunkt des Schutzes der Freiheit des Gewissens und des religiösen Bekenntnisses steht.“ Der Staat hat die Aufgabe, vor allem die Jugend in diesem Geist der modernen, durch den Sieg der Arbeiterklasse erprobten Weltanschauung des Leninismus zu erziehen. Das ist die Grundvoraussetzung für eine hoffnungsvolle Entwicklung des polnischen Volkes.

Der Erziehungsminister Skrzyszewski hob besonders die Aufgabe hervor, das junge Geschlecht in der Liebe zur Sowjetunion und zur russischen Sprache, der Sprache Lenins und Stalins, zu stärken. Außerdem habe die Schule zur Liquidation aller kapitalistischen Elemente beizutragen, womit besonders das freie Bauerntum gemeint war. Einen Monat vorher hatte Ministerpräsident Cyrankiewicz auf einer Lehrertagung die gleichen Gedankengänge entwickelt.

In der Erziehungsfrage ist es nicht bei Worten und Ankündigungen geblieben. Zwar bestehen noch die katholischen Schulen, die zu einem großen Teil kirchliche Privatschulen sind. Doch ist seit dem vorigen Jahr die Bewegung der „Kinderfreunde“ in steigendem Maße und mit Erfolg um die Errichtung eigener Schulen bemüht, die sich selbstverständlich der größten staatlichen Unterstützung erfreuen. Wie aus einem Hirtenbrief des Bischofs Adamski in Kattowitz hervorgeht, besuchen in seinem Gebiet bereits 60 000 Kinder diese Schulen, aus denen jeder religiöse Einfluß verbannt ist. Auf die Eltern, die sich in abhängiger Stellung befinden, wird ein immer stärkerer Druck zugunsten dieser Schulen ausgeübt.

Am 10. Januar 1949, also knapp einen Monat nach dem Kongreß, fanden dessen Programmpunkte bereits im Parlament, und zwar wiederum in einer Rede des Ministerpräsidenten, ein Echo, aus dem wir heraushören, daß man mit ihrer Verwirklichung nicht mehr lange säumen dürfte. Cyrankiewicz sagte: „Ein Teil der römisch-katholischen Hierarchie betreibt eine politische Tätigkeit, die darin besteht, unter dem Deckmantel der Religion feindselige Gefühle gegen den Staat zu schüren. Diese Tätigkeit fordert strenge Strafe.“

Auch hier handelt es sich nicht nur um Worte und Drohungen. Die Zahl der verhafteten Geistlichen ist in den letzten zwei Monaten fast aufs Doppelte gestiegen und beträgt heute etwa 350.

#### *Die Haltung der Kirche*

Wenn der Konflikt zwischen Kirche und Staat in Polen bisher weniger offene Formen angenommen hat als in den übrigen Ländern, lag das, wie der Chef der polnischen Exilregierung in London, der bekannte General Bor-Komorowski, kürzlich einem Vertreter von „La Croix“ erklärte, ganz besonders an der Position des polnischen Episkopates unter der Führung von Kardinal Hlond, der einen so großen Einfluß in Polen besaß, daß die Regierung zu einem äußerst vorsichtigen Vorgehen gezwungen war, so lange er lebte.

Wenn der Heilige Stuhl nunmehr den bisherigen Bischof von Lublin, Msgr. Wyszynski, zu seinem Nachfolger ernannt hat, wurde damit eine Persönlichkeit in die schwierige Stellung des polnischen Primas berufen, die sich durch außerordentliche Sachkunde auf sozialem Gebiet, durch eindeutigen Patriotismus während der Widerstandszeit, durch entschlossenes Eintreten für die Hebung des Arbeiterstandes und durch weitgehendes persönliches Entgegenkommen gegen den Sozialismus für die Aufgabe empfiehlt, die dem geistlichen Oberhaupt der Kirche in Polen in diesem Augenblick gestellt ist. Es ist bemerkenswert, daß der Heilige Stuhl auf die führenden Bischofssitze in den östlichen Ländern nach dem Kriege durchweg solche Persönlichkeiten berufen hat, die von jedem Verdacht einer reaktionären Einstellung gegenüber der gegenwärtigen Regierung frei sind. Die nach dem Kriege berufenen Erzbischöfe Mindszenty, Beran und Wyszynski nahmen zuvor keine Stellung ein, in der sie zur Zusammenarbeit mit den damaligen Landes- und Besatzungsbehörden gezwungen gewesen wären und haben sämtlich den Beweis erbracht, daß sie in jener Zeit die Rechte des Gewissens und des unterdrückten Teiles der Bevölkerung verteidigten. Die Meldungen darüber, ob auch der polnische Primas zur deutschen Zeit im Gefängnis war wie die beiden anderen Erzbischöfe, widersprechen sich. Auf jeden Fall aber war seine Opposition bekannt. Der Heilige Stuhl beweist durch diese Personalpolitik, daß ihm daran gelegen ist, von seiner Seite aus alle Voraussetzungen zu einer Zusammenarbeit oder doch zu einem friedlichen Nebeneinanderwirken von Kirche und Staat in den östlichen Ländern zu schaffen. Schon in der Auswahl der Kirchenfürsten zeigt sich das schonende Feingefühl für die politische Empfindlichkeit der Völker, wodurch Rom immer wieder bekundet, daß ihm nichts ferner liegt als der Wille, sich in die inneren Angelegenheiten der Staaten einzumischen und eine Politik der sozialen Reaktion zu fördern.

Der neue polnische Primas ist denn auch bei seinem ersten Erscheinen in der Öffentlichkeit so vorsichtig zu

Werk gegangen, die Proklamation seiner Haltung im Einvernehmen mit dem gesamten Episkopat auf einer Bischofskonferenz in Krakau festzulegen und auch dadurch zu beweisen, daß er keinerlei persönliche Ambitionen hat, sondern nur den von der Gesamtheit der Bischöfe anerkannten unabdingbaren Lehren und Aufgaben der Kirche dienen will.

Der polnische Episkopat hat erst kürzlich, am Ende des vergangenen Jahres, durch einen Hirtenbrief zu erkennen gegeben, daß er eine staatsfeindliche Haltung der Katholiken nicht wünscht und nicht billigt. „Wir möchten euch, geliebte Brüder und Schwestern, vor Gefühlen der Niedergeschlagenheit und Verzweiflung und vor übereiltem Handeln warnen“, hieß es darin. „Bewahren wir unser Vertrauen und unser Gleichgewicht. Halten wir in uns den Sinn für die persönliche, nationale und katholische Würde wach. Niemand möge sich von dunklen Elementen zu übereilten Schritten hinreißen lassen, die danach trachten, die Lebenskraft der Nation zu erschöpfen.“

Dieser Hirtenbrief wurde im „Tygodnik Powszechny“, dem Organ von Kardinal Sapieha in Krakau, dahin erläutert, daß die Katholiken von der Beteiligung an Untergrundbewegungen gegen das Regime zurückgehalten werden sollen, die der Regierung nur eine Handhabe bieten können, die Kirche dafür verantwortlich zu machen und den Katholizismus seine Prestiges und seiner besten Kräfte zu berauben, deren Aufgabe nicht in einem aussichtslosen Kampf um die Beseitigung des Regimes, sondern in dem Eintreten für die christliche Moral besteht. Eine illegale Aktion könne dem Volk in seiner Gesamtheit nur schaden und denen, die daran teilnehmen, den Untergang bringen. Die Kirche nehme deshalb gegen jede Politik der „natürlichen Reaktion“, gegen illegale Tätigkeit und Blutvergießen Stellung. Dieser Artikel und der Hirtenbrief ist aber leider von der gegnerischen Seite nicht so aufgefaßt worden, wie er gemeint war. Die kommunistische Presse weiß dazu nur zu sagen, die Kirche sei zu spät gekommen mit der Erkenntnis, daß das gegenwärtige Regime eine unveränderliche Tatsache sei. Es gebe hier keinen Raum mehr für Diplomatie, und die Zukunft werde nicht den Fürsten der Kirche gehören.

Trotz dieser deutlichen Sprache gibt es auch in Polen immer noch „fortschrittliche Katholiken“, die sich dem Glauben hingeben, man könne eine gemeinsame Basis zwischen katholischer und kommunistischer Gesellschaftspolitik finden. Erst kürzlich schrieb in der Warschauer Zeitschrift „Dzys i Jutro“ M. Lubienski, als Sprecher einer solchen Gruppe, im Sinne einer solchen „Verständigung“. Es sei für die Kirche unmöglich, sich vom Staat vollständig zu isolieren, wenn dieser das gesamte Leben beherrsche. Eine gemeinsame Basis könnte gefunden werden, wenn die Katholiken sich für eine sozialistische Ordnung in der gesamten Welt einsetzen würden. Zwischen einer solchen Ordnung und der materialistischen Philosophie bestehe kein strenger Zusammenhang. Es handelt sich bei solchen Gedankengängen, wenigstens in diesem Falle, nicht einmal um Personen, die im Solde der Propaganda stünden. Wir haben auch hier im Westen keine Veranlassung, uns über die politische Torheit oder den Mangel an Rückgrat in solchen Äußerungen zu entrüsten. Sie sind vielmehr ein Ausdruck für die wirkliche Lage des Menschen in jenen Ländern: er ist ein ohnmächtiges Opfer in den Krallen eines nicht so sehr

brutalen als diabolischen, allmächtigen Feindes, der mit ihm so lange spielt, bis er es dahin gebracht hat, sich selbst seiner Würde zu berauben, um ihn dann erst zu vernichten!

Die Politik der kommunistischen Staaten in Osteuropa würde nur unvollständig charakterisiert werden, wenn man sie als religions- oder kirchenfeindlich bezeichnete. Nicht die Ausrottung der Religion, sondern die vollständige Unterwerfung des Menschen unter die Befehlsgewalt des Staates, die Vernichtung jeder Art persönlicher Freiheit, sich außerhalb der vom Staate vorgeschriebenen Generallinie zu bewegen, ist das eigentliche und letzte Ziel, um das es in der Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche geht.

Ministerpräsident Cyrankiewicz sagte in seiner schon oben erwähnten Rede im Parlament: „Wir haben volle Achtung vor den religiösen Belangen aller Gruppen der Bevölkerung. Die Regierung ist gegen jede Art von Zwang in religiösen Dingen; denn das würde dem öffentlichen Interesse und den Grundsätzen der Demokratie widersprechen.“ Das mag ehrlich gemeint sein, nur fragt es sich, was er dabei unter dem Worte „religiös“ versteht. Als der ebenfalls schon erwähnte General Bor-Komorowski von dem Pariser Zeitungsvertreter gefragt wurde: „Glauben Sie, daß die polnischen Kommunisten die vollständige Zerstörung der Kirche beabsichtigen?“ entgegnete er: „Wenn die Kirche sich jedes Einflusses auf das kulturelle und soziale Leben Polens enthalten würde, wenn sie der Unterdrückung der menschlichen Grundrechte zustimmen und sich der Errichtung eines Systems der Sklaverei nicht widersetzen würde, würden die Kommunisten vielleicht bereit sein, die Kirche für sich allein leben zu lassen.“ Das ist ein knapper aber treffender Kommentar zu den Worten und Absichten der polnischen Regierung.

## Verschärfung der Gegensätze in der Tschechoslowakei

### *Eine Denkschrift des tschechischen Episkopates*

Die tschechoslowakischen Bischöfe haben Mitte Januar auf einer Konferenz in Prag unter dem Vorsitz von Erzbischof Beran die neueste Entwicklung der Dinge geprüft und in einer gemeinsamen Denkschrift an die Regierung die augenblickliche Lage der Katholischen Kirche im Lande gekennzeichnet. „Trotz des Versprechens religiöser Freiheit“ heißt es darin, „ist ein Angriff gegen Kirche und Religion eröffnet worden, der sich auf der gleichen Linie bewegt wie die bekannten Angriffe in anderen Ländern.“ Die Bischöfe erinnern daran, daß sie im vergangenen Juli mit dem Staatspräsidenten Besprechungen über die schwebenden Fragen vereinbart hatten. Aber die Zusage von damals sei nicht erfüllt und die Gespräche seien abgebrochen worden.

Insbesondere erhebt die Denkschrift der Bischöfe vier Beanstandungen:

„1. Die Rechte der Kirche werden beeinträchtigt, indem von der Kirche bestellte Würdenträger an der Erfüllung ihrer Amtspflichten gehindert werden.

2. Diejenigen Mitglieder des Klerus, die an politischen Demonstrationen nicht teilnehmen, werden beargwöhnt.

3. Die Gläubigen sind unwillig über die Beschränkungen, denen katholische Schulen, karitative Einrichtungen, die katholische Presse und religiöse Organisationen sowie

öffentliche katholische Versammlungen unterworfen werden.

4. Die Bischöfe sind nicht in der Lage, der entschädigungslosen Beschlagnahme des Kircheneigentums zuzustimmen, von dem namentlich eine Reihe von Ordensgemeinschaften in ihrer Existenz abhängig ist.“

Außerdem, sagen die Bischöfe, könnten noch viele andere Ungerechtigkeiten angeführt werden, die „eine verborgene, dafür aber umso schmerzlichere Absicht des Angriffes gegen die Kirche“ deutlich machen, etwa die fast vollständige Vernichtung der katholischen Presse, die grundlosen Angriffe gegen den Heiligen Stuhl und die Versuche, Hierarchie und Volk zu spalten. Unter dem Vorwand des „Fortschrittes“ versuche man, die Jurisdiktion der Bischöfe über den Klerus zu beeinträchtigen.

Die Bischöfe seien „entschlossen, mit ihrem treuen Klerus als Brüder in Christo zu leben, jedes Opfer zu bringen und auch jede materielle Entbehrung auf sich zu nehmen, zu der sie genötigt werden könnten. Wir sind überzeugt, daß Klerus und Volk ihre Bischöfe genügend kennen, um zu wissen, daß deren Gefühle und Gedanken angesichts ihrer wirklichen Lage nicht anders als wahrhaft demokratisch sein können.“

### *Der Kirchenkampf als Konsequenz der kommunistischen Staatsräson*

Aus diesen Sätzen und aus einer Reihe von Tatsachen ergibt sich, daß die tschechoslowakische Kirche heute etwa in derselben Situation lebt wie die ungarische vor einem halben Jahre. Das öffentliche Leben des Landes ist kommunistisch gleichgeschaltet, angefangen vom Staat bis zu sämtlichen Organisationen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, seien es nun die Gewerkschaften, die sogenannten unabhängigen Parteien der nationalen Front oder der „Sokol“, der einflußreiche nationale Wehr- und Sportverband. Es gibt nur eine einzige Organisation außer und entgegen diesem Schema, die Katholische Kirche. Die tschechoslowakische Nationalkirche ist durch die katholische Erneuerung in den Jahren des Widerstandes gegen Deutschland bedeutungslos geworden, die protestantischen Gemeinschaften unter der geistigen Führung von Hromadka machen, wie sich schon aus dessen Haltung in Amsterdam ergibt, (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg. 1/2. Heft, Seite 94) keine weiteren Schwierigkeiten, und die orthodoxe Kirche hat sich dem Moskauer Patriarchat untergeordnet. Es ist darum ein zwingendes Erfordernis der kommunistischen Staatsauffassung, daß auch die Unabhängigkeit der Katholischen Kirche gebrochen wird.

Diese Logik ist in allen Ländern des russischen Einflußgebietes die gleiche. Wenn wir Unterschiede in der Situation der Kirche in den einzelnen Staaten und in der Haltung der Regierungen beobachten, handelt es sich nur um die Methoden, die man den jeweiligen konkreten Bedingungen anzupassen sucht. In der Beurteilung dieser Bedingungen mögen sich innerhalb der Generallinie persönliche Meinungen der einzelnen Staatsmänner zur Geltung bringen und das Tempo der Entwicklung beschleunigen oder mäßigen. Neben taktischen Überlegungen mögen hierbei auch persönliche Gefühle eine Rolle spielen. Die Generallinie selbst aber wird nirgends verlassen.

### *Propagandistische Vorgefachte*

In der Tschechoslowakei bildet die griechisch-unierte Kirche des slowakischen Landesteiles keinen geeigneten

Ansatzpunkt zur Liquidation des Katholizismus wie etwa in Rumänien. Erstens ist sie zahlen- und verhältnismäßig nicht so bedeutend wie in jenem Lande, und zweitens sind die Slowaken von einer gefühlsmäßigen Treue zu Rom erfüllt, wie sie vielleicht nur noch in Irland vorkommt.

Man muß es also mit der lateinischen Kirche direkt aufnehmen und befindet sich vor den gleichen Problemen wie der ungarische Kommunismus. Zweifellos bewegt sich denn auch die tschechoslowakische Politik in der gleichen Richtung. Genau wie in Ungarn sind alle Lebensäußerungen der Kirche außerhalb des gottesdienstlichen Raumes unterdrückt. Die Nationalisierung der Schulen ist im Gange. Aber wie in Ungarn muß zunächst die Atmosphäre geschaffen werden, in der man zum großen Schläge ausholen kann. Es muß zwischen Bischöfen und Volk nach Möglichkeit Mißtrauen gesät werden, und die Bischöfe müssen in einer Reihe von Einzelfällen in den Augen der Öffentlichkeit ins Unrecht gesetzt werden. In diesem Stadium der psychologisch-propagandistischen Vorbereitung befindet man sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei, wenn nicht alle Anzeichen trügen.

So ist z. B. die Propaganda des liberalen tschechischen Schriftstellers Jirásek zu werten, die gegenwärtig unter dem Protektorat des Präsidenten Gottwald vor sich geht. Jirásek ist der volkstümlichste Verbreiter des Husmythos und von einem ebenso tiefen wie geschickt ausgedrückten antirömischen Affekt erfüllt. In diesen Propagandafeldzug passen auch verschiedene „offene Briefe“ von Gläubigen und Entschließungen von „Massenversammlungen“, die die Bischöfe in aller Öffentlichkeit — für die der staatliche Nachrichtenapparat Sorge trägt — aufordern, sie möchten endlich Maßnahmen gegen die Priester ergreifen, die „unter der Soutane den Mörderdolch gegen die demokratische Republik verbergen“, und durch solche Maßnahmen ihre „negative Haltung gegenüber dem Staat“ revidieren. Die „Feindseligkeit“ der Bischöfe gegenüber den staatstreuen Priestern von der Art des Ministers Plojhar bildet den Kontrast dazu. Daneben läuft eine ständige Kampagne gegen den reaktionären Vatikan. All diese Erscheinungen sind aus dem Ungarn des vorigen Herbstes noch in Erinnerung. Wie in Ungarn werden auch hier die übrigen Kirchen in die Stimmungsmache gegen den Katholizismus einbezogen. Im Dezember wurde ein offener Brief nicht-katholischer kirchlicher Gemeinschaften veröffentlicht, die bestätigten, daß in der Tschechoslowakei volle Religionsfreiheit besteht. Wenn die Katholische Kirche Klage zu führen habe, liege es nur daran, daß sie „ihre politische Macht gegen das demokratische Regime des Volkes auszuspielen“ suche. Welche kirchlichen Gemeinschaften diesen offenen Brief erlassen haben, war bei der Nachrichtenagentur leider nicht zu ermitteln.

Daß auch die protestantische Kirche in der Tschechoslowakei den Anforderungen der Regierung noch nicht genügt, zeigt eine kürzlich gehaltene Radiorede des Er-

ziehungsministers Zdenek Nejedly. Er warf den Protestanten vor, sie hielten — ebenso wie die Katholische Kirche nach Rom — Ausschau nach Protektion in den westlichen Ländern.

Im übrigen sucht man auch in der Tschechoslowakei hier und dort durch ein Gerichtsurteil oder eine Verhaftung den Mut der Gläubigen, insbesondere der Geistlichen, zu erschüttern und sie persönlich zu schikanieren. Ein Beispiel dafür sind die Prozesse gegen slowakische Geistliche, die wegen Unterstützung ukrainischer Untergrundgruppen verurteilt wurden, oder gegen einen tschechischen Militärpfarrer, der versucht hatte, sein Vaterland zu verlassen, selbstverständlich, um sich im Ausland mit staatsfeindlichen Elementen zu verbünden. Priester und Ordensleute erhalten auch keine Kleiderkarten und dürfen sich zu den um 300—600% höheren Preisen am freien Markt eindecken, nachdem man ihnen das Einkommen genommen hat.

#### *Erwägungen der tschechischen Regierung*

So bedient sich der tschechische Kommunismus im Augenblick des vorbereitenden Stadiums für den Endkampf der beiden Mittel, die wir aus Ungarn kennen: der Propaganda und der Schikane. Wie lange dieses Stadium anhalten wird, und warum die Entwicklung in der Tschechoslowakei um einiges langsamer vor sich geht als in Ungarn, dies zu beurteilen ist eine Sache sehr subjektiver Erwägungen. Es mag sein, daß die Prager Regierung den tschechischen Katholizismus, der vielleicht anfälliger ist als der ungarische, mit weniger auffälligen Mitteln zu zermürben hofft. Es mag auch sein, daß Erzbischof Beran in Prag, in Erkenntnis der anders gelagerten Verhältnisse seines Landes, der Regierung geringere Angriffsflächen bietet als der Fürstprimas von Gran der seinigen. Jedoch scheint es, als ob auch die tschechischen Kommunisten sich täuschen werden, wenn sie glauben, sie könnten das katholische Volk ohne großes Aufsehen der römischen Kirche entfremden und nach dem Vorbild anderer östlicher Länder auch in kirchliche Abhängigkeit von der Staatsgewalt bringen. Als Erzbischof Beran kürzlich seinen 60. Geburtstag feierte, erklärten ihm Tausende von Gläubigen in einer Prager Festhalle durch ihren Sprecher, einen Laien, sie wollten zu ihm stehen, „was immer in der Zukunft sich ereignen würde.“ Erzbischof Beran aber bewies ebenso viel Takt wie Klugheit, als er in seiner Antwort sagte, nur die Caritas Christi könne die Probleme endgültig lösen, die die Welt im Augenblick in sich berge. Wie immer die Entwicklung weiterhin verlaufen mag, die Gefahr einer Spaltung der Katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, mit der die kommunistischen Staatsmänner vielleicht rechnen und die nach dem ersten Weltkrieg eine akute Gefahr war, liegt diesmal wohl kaum im Bereich der Möglichkeiten. Wenn man also die römisch-katholische Kirche sich unterwerfen will, wird man sich wohl doch zuletzt zu den ungarischen Methoden entschließen.

## Die Zukunft Asiens

Während die westliche Welt über die Zukunft Chinas rätselt und sich in Betrachtungen darüber ergeht, ob nicht vielleicht der chinesische Kommunismus durch die Verbindung mit einer jahrtausendealten Kultur von hohem Rang und Selbstbewußtsein eine humane Gestalt annehmen könnte, gewinnt man aus Äußerungen der in China

tätigen Missionare, die Land und Volk sicher am besten kennen, den Eindruck, daß alle derartigen Hoffnungen am grünen Tisch entstehen.

„New York Times“ brachte am 29. November 1948 einen Brief von Bischof James E. Walsh, dem Sekretär des katholischen Zentralbüros in Schanghai, zum Abdruck.

Der Bischof wendet sich darin an seine Landsleute mit der beschwörenden Bitte, China in seiner Schicksalsstunde nicht im Stich zu lassen. Er schreibt: „Wie Asien uns Christus brachte, so kann die Liebe Christi Asien alles bringen, was es an geistiger und materieller Hilfe zu einem gesunden Fortschritt braucht. Aber niemand weiß, wie lange die Gelegenheit dauern wird. Gegenwärtig gehen ja Osten und Westen nicht Hand in Hand, sondern scheinen sich eher voneinander zu trennen; und darin liegt eine ernste Gefahr für eine zukünftige, vielleicht sogar unwiderrufliche Teilung. Über dem Asien der Gegenwart wölbt sich kein günstiger Himmel; er ist verdunkelt durch eine Wolke, die größer ist als die Hand eines Mannes, wirklich so gewaltig, daß sie gegenwärtig den östlichen Horizont bedeckt, von Korea bis Burma und darüber hinaus. Es ist der Aufgang des Kommunismus, der von einem fremden Feind heraufbeschworen und von Horden verräterischer Einfaltspinsel in jedem Land begünstigt wurde... Asien hat der Welt gute Dienste geleistet. Asien war die Wiege des Menschengeschlechtes. Asien war der Ursprung aller großen menschlichen Kulturen, die genug Vitalität in sich trugen, die Zeiten zu überdauern. Asien verdient etwas besseres als den geistigen Tod und die leibliche Versklavung durch den Kommunismus. In weltweiter und zeitnaher Perspektive gesehen, ist die Rettung Asiens das entscheidende Anliegen aller edelgesinnten und verantwortlichen Menschen in der Welt.“

Bischof Walsh spricht von „geistiger Hilfe“. Es handelt sich darum, die asiatischen Christen und darüber hinaus die ganzen Völker innerlich gegen den Einfluß des Kommunismus zu immunisieren. Dazu müssen wir wissen, daß die Völker und auch die Christen Asiens den Kommunismus mit ganz anderen Augen sehen als wir Europäer, weil sie mit ihm noch wenig praktische Erfahrung gemacht haben. Sie neigen dazu, in ihm den Erlöser von der abendländisch-kapitalistischen Unterdrückung zu erblicken. Sie wissen vielfach nichts anderes von ihm, als daß er der geschworene Feind ihrer Ausbeuter ist. Diese geistige Lage erschwert den Kampf gegen den Kommunismus umso mehr, als sogar manche eingeborene geistliche Führer der Christen in der Abwehr des Kommunismus durch die Europäer den verzweifelten Kampf um das sinkende Prestige des Abendlandes wittern.

Sehr aufschlußreich war in dieser Hinsicht das Verhalten der Vertreter aus den jungen asiatischen und afrikani-

schen Kirchen auf der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam, die in erster Linie den Kapitalismus verdammt zu sehen wünschen.

Reinhold Niebuhrs Zeitschrift „Christianity and Society“ bezeichnet in einem Leitartikel (Bd. 13 Nr. 4, Herbst 1948, S. 4) „die Sympathie für den Kommunismus unter den modernen asiatischen und afrikanischen Christen, die in Amsterdam wie schon bei zahlreichen früheren ökumenischen Treffen hervorgetreten ist, als eine der wichtigsten sozialen Tatsachen unserer Zeit.“ Sie sähen in Rußland den Vorkämpfer für die Sache der Kolonialvölker gegen die Imperialisten, für die Belange der unvorstellbar verelendeten, obendrein wegen ihrer Rasse gering geachteten Bevölkerung gegen ihre anmaßenden Beherrscher. Sie können deshalb mit dem Begriff „Freiheit“, in dessen Namen wir den Kommunismus bekämpfen, keine reale Vorstellung verbinden und unsre Warnungen nicht glaubwürdig finden. Amerika zumal erscheint ihnen so märchenhaft reich und mächtig, daß sein Kampf gegen den Kommunismus der Überzeugungskraft entbehrt. Man weiß außerdem sehr genau, wie schwer in USA die schwarze und die gelbe Rasse um ihre Gleichberechtigung kämpfen müssen.

Wir müssen damit rechnen, daß der Kommunismus sich in Asien auch dann ausbreiten wird, wenn Europa ihm entschlossenen Widerstand leistet. In Europa ist er nur noch eine Machtfrage, in Asien dagegen ein geistiges Problem. Auch soziologisch betrachtet hat er in Asien einen günstigen Nährboden, weil es dort keinen demokratischen Sozialismus gibt, der das Ressentiment der kleinen Leute auffangen könnte.

In Indien z. B. entwickelt sich die herrschende Kongreßpartei, die in der Vergangenheit einmal den Freiheitswillen des gesamten Volkes repräsentierte, immer mehr zu einem Werkzeug der reaktionären Fabrikanten, und die Sozialisten unter Pandit Nehru spielen eine klägliche Rolle. Den Nutzen aus dieser Lage der Dinge zieht der Kommunismus. In dieser Situation hat das Christentum mit seiner vermittelnden Haltung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Eigentum und Proletariat, keine reale Chance.

Die Missionierung Asiens ist demnach wahrscheinlich schwieriger als einst die Missionierung des heidnischen Rom. Petrus hatte keinen Hinweis auf Wallstreet zu fürchten und keine Konkurrenz des Kreml aus dem Felde zu schlagen.

---

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Die Zeit des Armen

„Jeunesse de l'Eglise“, jene kleine Gruppe von katholischen Laien und Priestern, über deren Auseinandersetzung mit dem Geist unserer Zeit wir immer wieder berichtet haben, weil sie die eigentlichen Schnittpunkte zwischen der christlichen Welt und der modernen Welt sehr genau erkennt, hat ein Heft mit dem Gesamttitel „Die Zeit des Armen“ (Le Temps du Pauvre) veröffentlicht. Unsere Gegenwart ist damit gemeint. Jeder von uns begreift sofort, daß die Armut heute eine besondere Bedeutung gewonnen hat. Zwar haben jederzeit zahllose

Menschen und ganze Völker in Armut gelebt, und ihre Misere war oft nicht geringer als die unserer Ärmsten. Aber sie duldeten ergebener und kamen kaum zu Wort. Das ist anders geworden. In der Gestalt der besitzlosen Massen sind diese Armen an die Oberfläche der Geschichte emporgestiegen und zu einem der entscheidenden Faktoren für den Gang der Ereignisse, für die Bildung der Ideen und der Ideale geworden. Der Arme empört sich gegen seine Armut und nimmt sie nicht mehr als schicksalhaft an. Unsere „Zeit des Armen“ ist zugleich eine „Zeit der Empörung“.